

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Fabian Ehmann und Pia Schellhammer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
– Drucksache 18/936 –

Jugendliche von der Bundestagswahl ausgeschlossen

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/936** – vom 25. August 2021 hat folgenden Wortlaut:

Das allgemeine Wahlrecht ist eines der wichtigsten Merkmale moderner Demokratien. Die Wahl zum Deutschen Bundestag findet alle vier Jahre statt. Wahlberechtigt sind alle Bürger*innen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit dem Jahr 1949 mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland oder der Deutschen Demokratischen Republik gelebt haben. Somit sind Jugendliche unter 18 Jahren von der Teilhabe an den Bundestagswahlen ausgeschlossen. Sie können über die Zusammensetzung der nationalen Volksvertretung nicht mitentscheiden.

Der Ausschluss von 16- und 17-jährigen Jugendlichen vom aktiven Wahlrecht ist mit einer notwendigen willkürfreien sachlichen Begründung nicht zu rechtfertigen. Denn bei dieser Altersgruppe lässt sich weder eine generell mangelnde Einsichts- und Urteilsfähigkeit noch eine generell fehlende Möglichkeit der Teilnahme am Kommunikationsprozess zwischen Wähler*innen und ihren repräsentativen Organen mit der nötigen Gewissheit feststellen. Dem wird die bestehende Wahlaltersgrenze nicht gerecht. Einsichts- und Urteilsfähigkeit sowie Verantwortungsbewusstsein von Jugendlichen gebieten vielmehr die Teilhabe dieser Altersgruppe am demokratischen Prozess.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele 16- und 17-jährige Menschen leben in Rheinland-Pfalz, die im Fall einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei der anstehenden Bundestagswahl wahlberechtigt wären?
2. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag, das Wahlalter bei Parlaments- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre abzusenkten?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die politische Partizipation der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz zu stärken?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. September 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Anzahl der 16- und 17-jährigen, die bei Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre die Wahlrechtsvoraussetzungen für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 erfüllen würden, beträgt derzeit rund 66 500. Der Anteil der 16-jährigen beläuft sich dabei auf 33 600 und der der 17-jährigen auf 32 900.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung befürwortet eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Damit kann die Möglichkeit geschaffen werden, dass Jugendliche bei politischen Entscheidungen und wichtigen Zukunftsfragen mitbestimmen können und die Interessen und Belange der Jugendlichen an einer nachhaltigen und generationsgerechten Politik stärker berücksichtigt werden.

Die Landesregierung hat deshalb entsprechende Initiativen zur Absenkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen in der Vergangenheit unterstützt. Da zur Absenkung des Wahlalters eine Verfassungsänderung und damit verbunden eine qualifizierte Mehrheit im Landtag gemäß Artikel 129 Abs. 1 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (LV) erforderlich ist, waren bislang gesetzgeberische Initiativen nicht erfolgreich. Im Jahr 2013 scheiterte eine Gesetzesinitiative der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Artikels 76 Abs. 2 LV – Drucksache 16/2076 – an der erforderlichen verfassungsändernden Mehrheit.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung plant, bestehende Maßnahmen zur Stärkung der politischen Partizipation von Jugendlichen fortzuführen und weiterzuentwickeln sowie neue Maßnahmen zu initiieren. Zu den vielfältigen Maßnahmen gehören vor allem solche im Be-

reich der Schulen, der Weiterbildungsförderung sowie entsprechende spezielle Projekte, an denen verschiedene staatliche, kommunale und private Stellen beteiligt sein können. Daneben bestehen bereits derzeit Möglichkeiten, dass Jugendliche sich in den Gemeindevertretungen nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung (§§ 16 c, 56 b) und der Landkreisordnung (§§ 11 c, § 49 c) politisch engagieren.

Zu den einzelnen Maßnahmen wird Folgendes ausgeführt:

Das Wahlrecht ab 16 Jahren ist in den Schulen nicht nur Unterrichtsthema in den Fächern Sozialkunde und Gesellschaftslehre, sondern oftmals im Deutschunterricht Gegenstand von Argumentations- und Erörterungsaufgaben. Für den Schulbereich selbst regelt das rheinland-pfälzische Schulgesetz umfassende Partizipationsrechte der Schülerinnen und Schüler auf Schul-, Kreis- und Landesebene. Diese wurden in den vergangenen Jahren ausgeweitet und tragen auch zusammen mit der Demokratiebildung dazu bei, dass junge Menschen frühzeitig Demokratie und dazugehörige Partizipationsprozesse erlernen und erleben.

Veranstaltungen der Volkshochschulen und der anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung sowie ihrer Mitgliedseinrichtungen, die nach dem rheinland-pfälzischen Weiterbildungsgesetz gefördert werden, integrieren das Thema „Politische Bildung“ in unterschiedlichen Weiterbildungen, die sich insbesondere an junge Erwachsene richten. Dies sind vor allem Weiterbildungen in den Sachgebieten Politik, Gesellschaft und Gleichstellung.

Im Rahmen der Projektförderung für „Innovative Formate in der gesellschaftspolitischen Erwachsenenbildung 2021“ werden in diesem Jahr zwei Projekte gefördert, die sich die Stärkung der politischen Partizipation der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz zum Ziel gesetzt haben. Es handelt sich um die Projekte „Draußen vor deiner Tür – find your local resistance“ und „Fake News und Wahlen“. Ziel des Projekts „Draußen vor deiner Tür – find your local resistance“, das von März bis Dezember 2021 stattfindet, ist die Partizipation junger Menschen an gesellschaftlichen Bildungsinhalten. Bei einer interaktiven Stadtrallye soll das demokratische Bewusstsein von Jugendlichen gefördert werden. Junge Menschen erhalten bei der Rallye über ihr Handy Informationen zu politischen und sozialen Themen für Vielfalt und gegen Rassismus. Spannende Porträts von Mainzerinnen und Mainzern, Geschichten und Geschehnisse, die mit historischen Orten der Stadt verbunden sind, sollen erfahrbar werden. Den Jugendlichen wird die Spielsoftware dafür per Handy-App in den Herbstferien zur Verfügung gestellt. In dem von April bis Dezember 2021 durchgeführten Projekt „Fake News und Wahlen“ setzen sich die Teilnehmenden kritisch mit den Vor- und Nachteilen digitaler Medien auseinander. Die Teilnehmenden sollen lernen, seriöse von unseriösen Quellen zu unterscheiden und im Zweifel die Quellen einer Prüfung zu unterziehen. Im Oktober dieses Jahres ist ein Planspiel mit geimpften Jugendlichen vorgesehen.

Zudem wird die Stärkung der politischen Partizipation durch die Angebote der Jugendarbeit und die hier tätigen Fachkräfte wie etwa die Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten fortgeführt. Zu nennen ist in diesem Kontext ebenso die Förderung institutioneller Strukturen, die politische Bildungs- und Partizipationsprozesse stärken, wie die des Landesjugendrings Rheinland-Pfalz e. V., des Instituts für Medien und Pädagogik e. V. und des Europahauses Marienberg. Speziell die Förderprogramme „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“, das Programm „Politisch bilden, Demokratie erfahren, Jugend(sozial)arbeit vernetzen“ sowie das Beteiligungsprogramm für Kinder und Jugendliche fördern und stärken die Beteiligungsmöglichkeiten der jungen Menschen vor Ort. Ferner unterstützen Angebote der politischen Bildung wie etwa das Netzwerk für Demokratie und Courage, die Planspiele „Demokratie leben!“ sowie Projekte im Rahmen des Förderprogramms „Gemeinsam für Gleichwertigkeit“ junge Menschen, zu kritisch denkenden Individuen zu werden und Haltung gegen Hass und Ausgrenzung zu zeigen.

Darüber hinaus findet seit vielen Jahren in Rheinland-Pfalz das Projekt „Juniorwahl“, das vom Ministerium für Bildung, vom Landtag und von der Landeszentrale für politische Bildung unterstützt wird, statt. Trotz der schwierigen Planungen aufgrund der Corona-Pandemie nehmen in diesem Jahr im Vorfeld der Wahl zum Deutschen Bundestag am 26. September 2021 an dem Projekt 266 Schulen mit über 83 000 Jugendlichen teil. Die Juniorwahl soll Schülerinnen und Schüler ab der Jahrgangsstufe 7 unter anderem durch die Simulierung des Wahlvorgangs an die Prozesse der demokratischen Willensbildung heranführen und ihre eigene Beteiligung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland thematisieren. Ziel der Juniorwahl ist das Üben und Erleben von Demokratie.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist zudem seit dem Jahr 2008 für die Umsetzung des bundesweiten Projekts zur Gewalt- und Extremismusprävention sowie Menschenrechts- und Demokratieerziehung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in Rheinland-Pfalz verantwortlich. Kinder und Jugendliche haben im Rahmen des Projekts die Möglichkeit, sich gegen jede Form von Diskriminierung in der Schule zu engagieren. Seit Beginn haben sich 110 000 Schülerinnen und Schüler sowie 8 800 Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz an dem Projekt beteiligt. Das entspricht etwa einem Fünftel der Schülerschaft.

Seit dem Jahr 2006 wird der landesweite Demokratietag Rheinland-Pfalz durchgeführt, der ein Forum für die Partizipation und das Engagement junger Menschen in Schulen, der außerschulischen Bildung, in den Kommunen und auf Landesebene ist. Als Schirmherrin des Demokratietags gab Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Jahr 2017 den Impuls zur Gründung des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“. Damit ist es gelungen, das stetig wachsende Netzwerk aus staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Partnern rund um den Demokratietag zu festigen. Zielsetzung des Bündnisses ist es, junge Menschen frühzeitig an Engagement, Partizipation und die Grundwerte der Demokratie heranzuführen und die Institutionen des Bildungs- und Erziehungssystems selbst demokratisch zu gestalten. Seit 2019 ermöglichen Staatskanzlei, Landtag, Bildungs-, Jugend-, Weiterbildungs- und Innenministerium, die Stadt und das Weiterbildungszentrum Ingelheim sowie die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik gemeinsam die Einrichtung einer Geschäftsstelle für den Demokratietag und das Bündnis. Der 16. Demokratietag findet am 28. Oktober 2021 unter dem Motto „Demokratie leben – aus Krisen lernen“ statt. Er bietet die Chance, gemeinsam die Erfahrungen demokratischer Beteiligung in der Corona-Pandemie zu diskutieren und Folgerungen für die künftige Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Krisen und Umbrüchen zu ziehen.

Zudem gibt es unter Federführung des Klimaschutzministeriums seit dem Jahr 2019 jährlich das Jugendklimaforum. Die Veranstaltung greift im Rahmen der Ziele der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sowie des Landesklimaschutzgesetzes Fragestellungen des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit auf. Für die kommenden Jahre ist eine weitergehende, eigenverantwortliche Beteiligung der Jugendlichen an der Gestaltung des Veranstaltungsprogramms vorgesehen.

Schließlich unterstützt die Landesregierung Initiativen, Jugendliche stärker an demokratische Entscheidungsprozesse in Gemeindevertretungen heranzuführen. Um gemeinsam mit den Jugendlichen die richtigen Beteiligungsformen zu finden, sollen wissenschaftlich begleitete Modellprojekte für Jugendparlamente und -foren auf kommunaler Ebene durchgeführt werden. Die Ergebnisse können Grundlage für gesetzgeberische Initiativen sein.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär